

Niederschrift

über die 37. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 15. Dezember 2015, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- Jürgen Arnold
 - Moritz Arnold
 - Hans Bausch
 - Anneliese Bork
 - Michael Fischer
 - Dagmar Gebauer
 - Sebastian Gebauer
 - Renate Geiselbrechtinger
 - Axel Globuschütz
 - Dr. Michaela Goll
 - Dieter Haggenmüller
 - Dirk Hansmann
 - Volker Heine
 - Timo Klös
 - Gisela Koch
 - Gudrun Lang
 - Harald Liebermann
 - Franziska Lodde
 - Hendrik Lodde
 - Antje Markgraf
 - Uwe Markgraf (entschuldigt)
 - Burkhard Nöh
 - Matthias Spangenberg (entschuldigt)
 - Iskender Schütte
 - Dr. Christof Schütz
 - Werner Schwarz
 - Tim-Ole Steinberg
 - Eva Steinmetz
 - Thomas Utschig
 - Fabian Wedemann
 - Wolfgang Weiß
 - Horst Weitze
 - Michael Wolter
 - Dr. Heinz-Lothar Worm
 - Metin Yildiz
 - Marga Zoller (entschuldigt)
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Jörg König
 - Erster Stadtrat Norbert Arnold
 - Stadtrat Thomas Altenheimer
 - Stadträtin Petra Braun
 - Stadtrat Wolfgang Gath
 - Stadtrat Reinhold Krapf
 - Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe
 - Stadtrat Manfred Leun
 - Stadtrat Gerhard Trinklein

- | | | |
|----|--------------------|------------------------------------------------------------------------------|
| d) | Jugendvertretung: | Maximilian Heller |
| e) | Verwaltung: | Patrick Retzer
Frank Hölzel |
| f) | Presse: | Herr Konstantin Hoppe, Gießener Allgemeine
Herr Wißner, Gießener Anzeiger |
| g) | Zuhörer: | 14 |
| h) | Protokollführerin: | Renate Wolf |

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 37. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Magistrat, die Presse sowie alle Anwesenden. Besonders herzlich begrüßt er den neuen Vorsitzenden des Kinder- und Jugendbeirates der Stadt Linden, Herrn Maximilian Heller.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Burckart allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergibt sich folgende Änderung:

Stadtverordneter Heine teilt mit, dass seine Fraktion zwei zusätzliche Anträge zu den HH-Beratungen vorgelegt hat und bittet darum, dass diese heute mitberaten werden.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Verleihung einer Ehrenbezeichnung; hier; Stadtverordneter Michael Wolter
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 141/11/16-
3. Verleihung einer Ehrenbezeichnung; hier; Stadtverordneter Dr. Heinz-Lothar Worm
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 142/11/16-
4. Bauleitplanung der Stadt Linden
Bebauungsplan Nr. 41 „Im Boden – 3. Änderung“
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 140/11/16 –
5. Erhöhung des
 - a) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer B
 - b) Hebesatzes für das Jahr 2016: Gewerbesteuer
 - c) Steuersatzes der Spielapparatesteuer gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 für das Jahr 2016
-Bürgermeistervorlage vom 20.11.2015-
6. Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2016
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -
7. Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2016
 - a) Haushaltssatzung
 - b) Stellenplan
 - c) Haushalt
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 138/11/16 -

8. Bekämpfung der Kriminalität in Linden;
hier: Einrichtung eines „Beirates zur Kriminalitätsbekämpfung“ in der Stadt Linden
-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/11/16-
9. Eisenbahnunterführung Großen-Linden;
hier: Beauftragung des Magistrats zur Mitteilung des Aufweitungsbegehrens gegenüber der DB AG und Einleitung der dazu erforderlichen Schritte
-Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 061/11/16-
10. Straßenbeitragssatzung der Stadt Linden;
hier: Einstufung der Verkehrsanlage „Breiter Weg“
-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 062/11/16-
11. Verbesserung der RMV-Situation;
hier: Beauftragung des Magistrats zur Herbeiführung verbesserter Fahrverbindungen und Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet
-Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 063/11/16-
12. Straßenbeiträge und Straßenzustandsklassen in der Stadt Linden
hier: Anfragen an den Magistrat
-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 064/11/16-
13. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1

Berichterstattung durch den Magistrat

Jahresabschlüsse 2009-2012

Bgm. König teilt mit, dass die Jahresabschlüsse 2009-2012 nun vom Magistrat festgestellt wurden; dies sei Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit des künftigen HH. Die Vermischung im HH Stadt und Stadtwerke konnte fast gelöst werden.

Wehrführer Leihgestern

Bgm. König teilt mit, dass Herr Patrick Süßmith zum neuen Wehrführer von Leihgestern gewählt wurde.

Flüchtlinge

Bgm. König teilt mit, dass diese Aufgabe vorbildlich gelöst wird; dies liege vor allem an der starken Beteiligung der Ehrenamtlichen. Es wurden diverse Feste zusammen mit den Flüchtlingen gefeiert, u.a. ein Kegelnachmittag durchgeführt usw.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zu TOP 2

Verleihung einer Ehrenbezeichnung; hier; Stadtverordneter Michael Wolter -Magistratsvorlage Drucksache Nr. 141/11/16-

Bgm. König teilt mit, dass Stadtverordneter Wolter für 20 Jahre ehrenamtliches Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung – er ist 1995 für Uwe Koch nachgerückt – die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordneter“ erhalten soll.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 141/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Bgm. König verliest die Urkunde und spricht seinen Glückwunsch aus; dem schließt sich Stadtverordnetenvorsteher Burckart an.

Zu TOP 3

Verleihung einer Ehrenbezeichnung; hier; Stadtverordneter Dr. Heinz-Lothar Worm -Magistratsvorlage Drucksache Nr. 142/11/16-

Bgm. König teilt mit, dass Stadtverordneter Dr. Heinz-Lothar Worm ebenfalls für 20-jährige Mitgliedschaft in diesem Parlament den Titel „Ehrenstadtverordneter“ erhalten soll.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 142/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Auch hier verliest Bgm. König die Urkunde und spricht seinen Glückwunsch aus; dem schließt sich Stadtverordnetenvorsteher Burckart ebenfalls an.

Zu TOP 4

Bauleitplanung der Stadt Linden Bebauungsplan Nr. 41 „Im Boden – 3. Änderung“ hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 140/11/16 –

Bgm. König erläutert kurz die Vorlage.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 140/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 5

Erhöhung des

a) Hebesatzes für das Jahr 2016: Grundsteuer B

b) Hebesatzes für das Jahr 2016: Gewerbesteuer

c) Steuersatzes der Spielapparatsteuer gem. § 4 Abs. 1 Nr. 1 für das Jahr 2016

- Bürgermeistervorlage vom 20.11.2015 -

Unter Bezugnahme auf die Geschäftsordnung weist Stadtverordneter Dr. Schütz darauf hin, dass hinsichtlich der eingebrachten Bürgermeistervorlage auch die Erhöhung der Grundsteuer A mitaufgenommen werden müsste.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass dies Bgm. König sicher näher erläutern wird.

Dem kommt Bgm. König dann auch nach und geht näher auf die Gründe seiner Vorlage ein. Da sich aber in der gestrigen Kreistagssitzung noch Veränderungen ergeben hätten, die ungünstige Auswirkungen auf den HH der Stadt haben, müsse eine erneute Veränderung vorgenommen werden, um den HH ausgleichen zu können. Neben der weiteren Erhöhung der Hebesätze müsse in der HH-Satzung eine VE in Höhe von 870T EURO bei den Investitionsmaßnahmen (Viadukt) vorgesehen werden.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass man sich im HFA lange mit dieser Vorlage befasst habe und daher wolle sich die SPD nicht dieser „Verantwortlichkeit“ entziehen. Wenn das Land eine Kommune so behandelt, als würden sie diese Nivellierungssätze erheben, dann müsse man auch so vorgehen, um den Vorgaben des Landes zu entsprechen.

Er bedankt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich bei der Verwaltung und dem Kämmerer, Herrn Hölzel, der noch einmal Berechnungen durchgeführt hat, wie sich dies alles auf die Stadt Linden auswirken würde. Allerdings habe er damit trotzdem noch das ein oder andere Verständnisproblem; er erläutert dieses kurz.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet Herrn Hölzel um Beantwortung dieser Fragen.

Herr Hölzel erklärt ausführlich, wie diese Berechnungen zustande gekommen sind.

Stadtverordneter Schwarz möchte wissen, mit welcher Rechtsgrundlage der Kreis diese Kosten ansetzen könne („Mit welchem Recht kann der Kreistag eine Kommune mit solchen Zahlen belästigen?“).

Laut Stadtverordnetenvorsteher liege dem ein Antrag der Freien Wähler zugrunde.

Stadtverordneter Globuschütz fragt nach, ob in dieser Diskussion nun auch der Antrag seiner Fraktion mit beraten werden könne, da er zum Teil die Vorlage des Bürgermeisters aufgreife.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass der Antrag teilweise schon Berücksichtigung gefunden habe; die anderen Ziffern könnten nun diskutiert werden.

Stadtverordneter Liebermann betont, dass der Antrag zu spät eingereicht wurde; die Zweiwochenfrist wurde nicht eingehalten. Unbeschadet dessen könne man die Ziffern 1- 4 durch Anpassung auf 20 % diskutieren.

Stadtverordneter Fischer weist auf einen Fehler im Antrag hin: unter 5. und 6. müssten die Ziffern von 4a und 4b auf 5a und 5b geändert werden. Hier liege in der Satzung selber ein Fehler vor.

Allerdings erklärt er auch, dass sich die Vorlage des Bürgermeisters nicht nur darauf beschränke die Hebesätze zu erhöhen; hier müssten auch Satzungsänderungen beschlossen werden. Folglich müssten auch zwei getrennte Abstimmungen erfolgen.

Diese Abstimmung sollte allerdings auf die nächste Sitzung verschoben werden, da man kurzfristig („auf Zuruf“) von den Veränderungen erfahren habe. Herr Hölzel solle das Ganze schriftlich darlegen und daraus könne man dann ersehen, ob der Haushalt tatsächlich ausgeglichen werden kann. Im Übrigen sei in den letzten Jahren noch nie ein Haushalt schon im Vorjahr verabschiedet worden.

Stadtverordneter Bausch schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und plädiert für eine Verschiebung der Abstimmung.

Stadtverordneter Liebermann kann vieles nachvollziehen was Herr Fischer vorgetragen hat; um aber doch noch heute abstimmen zu können, schlägt er eine Sitzungsunterbrechung für eine Beratung des Ältestenrates vor.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart unterbricht für ca. 10 Minuten die Sitzung.

Nach Sitzungsunterbrechung:

Zur Fortführung der Sitzung teilt Bgm. König mit, dass der Ältestenrat einvernehmlich beschlossen habe, dass sowohl die Bürgermeistervorlage als auch die folgende Vorlage Drucksache Nr. 138/11/16 zurückgezogen werden sollen und zunächst im Geschäftsgang bleiben. Er bittet allerdings darum, dann mit den Beratungen nicht von vorne zu beginnen, sondern nur die neuen Tatsachen zu betrachten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt dann mit, dass dem so entsprochen wird.

Anmerkung Protokollführung: Um keine Irritationen zur ursprünglichen Tagesordnung aufkommen zu lassen, wird die alte Nummerierung beibehalten.

Zu TOP 8

Bekämpfung der Kriminalität in Linden;

hier: Einrichtung eines „Beirates zur Kriminalitätsbekämpfung“ in der Stadt Linden

-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 047/11/16-

Der Antrag wurde bereits in den Fachausschüssen beraten.

Die Abstimmung des Haupt- und Finanzausschusses über den Fraktionsantrag Nr. 047/11/16 ergab folgendes Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Die Abstimmung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur über den Fraktionsantrag Nr. 047/11/16 ergab folgendes Ergebnis: 3 Ja-Stimmen, 3 (4)Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Stadtverordnete Lang bedauert, dass man sich nach dem Vortrag des Herrn Jilg vom Polizeipräsidium gegen diesen Antrag entschieden habe. Es sei festzustellen, dass die Einbrüche wieder zugenommen hätten, aber man müsse die Entscheidung so annehmen.

Stadtverordneter Nöh erklärt kurz, warum man sich so entschieden habe. Die Diskussion nach dem Vortrag habe ergeben, dass es zwar eine gute Idee sei, aber für die Stadt Linden ein Beirat zur Kriminalitätsbekämpfung in dieser Größenordnung nicht passend sei.

Stadtverordneter Fischer hat nach dem Vortrag ein anderes Ergebnis erlangt. Seiner Meinung nach fand Herr Jilg diese Idee eigentlich sehr gut, er habe aber darauf hingewiesen, dass hier viel Arbeit auf die Betreffenden zukommen würde. Anlass dieses Antrages war die gut besuchte Bürgerversammlung zu diesem Thema. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum dies nichts mit Prävention zu tun haben sollte. Im Ausschuss wurde so getan, als habe man in Linden keine derartigen Probleme; hierzu nennt er auch noch Beispiele.

Stadtverordneter Liebermann entgegnet hierzu, dass im Protokoll auf über zwei Seiten alles niedergeschrieben und somit nachzulesen sei. Es wären andere Punkte angesprochen worden, die daran zweifeln ließen, dass dieser Beirat als ständige Einrichtung sinnvoll sei. So könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordneter Fischer ist mit dem Begriff „ständige Option“ nicht einverstanden. Herr Jilg habe geschildert, dass der Präventionsrat auch zu dem Ergebnis kommen könnte, dass nur „1 Punkt“ abzuarbeiten sei und dies könne dann auch nach 1 Jahr damit erledigt sein. Man sollte die Aufgaben/die Arbeit des Präventionsrates als vorausschauende Maßnahme betrachten und nicht erst dann tätig werden, wenn etwas vorgefallen sei. Es ginge darum, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger gerecht zu werden.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 047/11/16 ergibt folgendes Ergebnis:

Bei 8 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 9

Eisenbahnunterführung Großen-Linden;

hier: Beauftragung des Magistrats zur Mitteilung des Aufweitungsbegehrens gegenüber der DB AG und Einleitung der dazu erforderlichen Schritte

-Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 061/11/16-

Stadtverordneter Lodde bringt den Fraktionsantrag ein und erläutert ihn näher. Abschließend erklärt er, dass man jetzt tätig werden müsse, da diese „historische“ Chance so schnell nicht wieder kommen würde.

Stadtverordneter Bausch fragt nach, wie es sein könne, dass der Antrag am 30.11.2015 gestellt wurde, aber der Eingangsstempel der Stadt Linden auf den 29.11.2015 (ein Sonntag) datiere.

Des Weiteren sei er sehr verwundert, dass die CDU-Fraktion im Juni schon einmal diesen Antrag gestellt, ihn dann aber zurückgezogen habe und nun dieser Antrag „so schnell“ wieder auf der Tagesordnung erscheine. Dies auf Grund einer Mail, die von der Bundesbahn eingegangen sei; von dieser Mail haben allerdings alle anderen Fraktionen keine Kenntnis erlangt.

Stadtverordneter Lodde versucht, diese Tatsache zu erklären.

Bgm. König ergänzt, dass er diese Mail nur der CDU-Fraktion weitergeleitet hat, da diese Antragsteller gewesen sei. Er bittet um Entschuldigung, dass er die Mail nicht an alle Fraktionen weitergeleitet hat. Unabhängig davon sei die Kommunikation mit der Bahn zu diesem Thema u.a. auch wegen Zuständigkeitsänderungen sehr schwierig.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass man zu diesem Tagesordnungspunkt in der gleichen Situation wie bei der HH-Beratung sei. Man solle etwas entscheiden, ohne genau zu wissen, was „am Ende des Tages“ auf die Stadt Linden zukommt bzw. auf der Rechnung steht.

Des Weiteren gäbe es einen Beschluss des Parlamentes, ein Verkehrskonzept insbesondere im Hinblick auf dieses Viadukt und dem Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ zu erstellen, damit man sach- und fachgerecht beraten und beschließen könne. Alleine aufgrund einer Mail eines „subalternen Bundesbahnbeamten, der meint, er könne der Stadt Linden den Finger irgendwo reinstecken, dass die Augen rauskommen. Dies sei unerträglich, ungehörig und vom Ton her ganz zu schweigen. Und es sei sachlich nicht berechtigt und nicht richtig!“

Wenn die Bahn meine, etwas Derartiges zu planen, dann solle sie dies tun; die Stadt sollte aber nicht über „das Stöckchen springen, das die Bahn hinwirft“.

Abschließend gibt er Herrn Bausch Recht; unabhängig von den formalen Abläufen habe man auch noch inhaltliche Probleme. Der Antrag solle in die Ausschüsse verwiesen werden und solange dort bleiben, bis alle Fakten bekannt seien.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da die SPD Linden seit 10-15 Jahren den Bau dieser Straße in ihrem Programm hat; dies auch zur Entlastung der Ortskerne. Er sieht es nicht so wie sein Vorredner ausgeführt hat; der Kostenrahmen sei in zwei Sitzungen durch Mitarbeiter der Bahn ausführlich erläutert worden und daher könne der Betrag auch so in den HH eingestellt werden.

Außerdem gäbe es – um mit den Worten der Kanzlerin zu sprechen - keine Alternative zu dieser Variante; daher sei auch das Verkehrskonzept nicht notwendig.

Zu den Ausführungen des Stadtverordneten Bausch bezüglich des „gleichen Antrages“ erklärt er, dass dies damals ein Prüf- und Berichtsantrag gewesen sei.

Nun stellt sich allerdings für ihn die Frage, ob es sich bei dem vorliegenden Schreiben um einen Fraktionsantrag handelt oder um einen Antrag von den 6 unterzeichnenden Personen?

Des Weiteren möchte er erwähnen, dass Ziffer 2 der Vorlage bereits im HH enthalten ist (870.000,00 € im Investitionsprogramm).

Stadtverordneter Liebermann dankt für das Zitat der Bundeskanzlerin und bestätigt auch, dass es sich um einen Prüfantrag gehandelt hat, der vom Magistrat abgearbeitet wurde und sich somit erledigt hat – er wurde nicht zurückgezogen.

Auch zu der terminlichen „Überschneidung“ des Antrages, der im Übrigen als Fraktionsantrag zu werten ist, gibt er eine Erklärung ab.

Ansonsten schließt er sich den Ausführungen des Stadtverordneten Fischer an. Man müsse weiter nach vorne schauen und besonders im Hinblick auch auf das neue Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ vorausschauend etwas tun, was später unseren Bürgern zu Gute kommt.

Stadtverordneter Heine kann sich noch sehr gut an den Antrag der SPD erinnern. Allerdings hatte da die Straße einen anderen Verlauf – sie sollte vor dem Anwesen Bausch (Steinweg) durch das untere Viadukt und durch das Gewerbegebiet – vorbei an Burger King – geführt werden. In Bezug auf diese Straße entlang des neuen Baugebietes „Nördlich Breiter Weg“ sieht er erhebliche Lärmprobleme auf die Stadt zukommen. Hier seien 30 – 40 Bauplätze die mit dem Lärm dieser Straße beschallt werden; diesen folgen die Bauplätze der weiteren Bauabschnitte; hier werde sicher mit Lärmschutz gearbeitet werden müssen, um das Lärmproblem in den Griff zu bekommen.

Er geht außerdem davon aus, dass bei einer Verbreiterung der Bahnunterführung eine Sanierung des Bahndammes ansteht (dies werde sicher ein Gutachter bestätigen) und dann verlange die Bahn sicher, dass diese Kosten auch von der Stadt Linden getragen werden.

Stadtverordneter Globuschütz ergänzt, dass es ein Armutszeugnis der handelnden Personen sei, im politischen Prozess, bei der Beurteilung einer Situation, von Alternativlosigkeit zu sprechen, bevor nicht wirklich alle Alternativen geprüft wurden. Und genau dies sei ihre Forderung – nämlich ein Verkehrskonzept zu erstellen, welches die Gesamtsituation in den Blick nimmt, angefangen von den Verkehrsströmen, die sich unter Umständen entwickeln können, bis hin zu der Lärmbelastung, die Volker Heine dargestellt hat. Es kann sich dann durchaus herausstellen, dass eine Erweiterung sinnvoll ist, aber unter diesem Druck eine derartige Entscheidung zu fällen sollte man vermeiden.

Stadtverordneter Fischer entgegnet hierzu, dass es für seine Fraktion keine Drucksituation gebe, da sie sich schon seit 10-15 Jahren damit befassen. Die Straße war allerdings nicht so, wie Volker Heine ausgeführt hat geplant gewesen, sondern zum oberen Viadukt hin. Er sehe das Problem darin, dass die Stadt Linden nur jetzt mit einem „minimalen finanziellen Aufwand“ eine Verbreiterung durchführen könne. Wenn ein noch zu erstellendes Verkehrskonzept – welches er für diesen Bereich jedoch nicht für sinnvoll hält – ergeben würde, dass eine Verbreiterung notwendig sei, dann müsse die Stadt alles alleine bezahlen und daher werde dem Antrag zugestimmt.

Stadtverordneter Bausch erklärt, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Er geht davon aus, dass beim Bau der Bahnlinie die damalige Stadt Großen-Linden einen Vertrag mit der Bahn über die Bahnlinie und einer Unter- oder Überführung geschlossen hat. Er kann sich nicht vorstellen, dass seinerzeit hierzu keine Verträge geschlossen wurden. Darin wäre mit Sicherheit auch ein Fußgängerweg vorgesehen und somit wäre eine Verbreiterung des jetzigen Durchlasses bestimmt günstiger, als ein Vollzug eines derartigen Vertrages. Darüber hinaus wurde keine alternative Verkehrsführung, wie z.B. eine Brücke über die Bahn im Bereich des Boule-Clubs, betrachtet.

Es wurden von 900.000,00 € Baukosten gesprochen. In einer Sitzung kam die Frage auf, ob darin auch die Architektenkosten, die Mehrwertsteuer usw. enthalten seien. Diese Frage konnte nicht abschließend beantwortet werden.

Eine Verbreiterung bedeute auch, dass mehr Verkehr durch den Forst fließen werde. Dies wiederum führe zu Mehrkosten durch eine Verstärkung der Brücke über den Lückenbach. Insgesamt sei festzuhalten, dass keine schriftliche Mitteilung der Bahn über die echten Baukosten vorliegt und welche Kosten daraus noch auf die Stadt zukommen.

Im Antrag der CDU-Fraktion selber, wo Angaben zum Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ getätigt wurden, seien große Fehler enthalten. Die Angaben zu den Flächen (1. BA = 3,9 ha und Gesamtfläche 14 ha) würden nicht stimmen und somit würde auch die Anzahl der künftigen Bewohner – nämlich 1.000 - nicht stimmen. Im 1. BA sind es ca. 6ha mit 70 Bauplätzen und dann können es in den beiden anderen Bauabschnitten nur noch 8 ha mit entsprechender Anzahl von Bauplätzen sein; aber da könnten dann auch nicht so viele Bürger wohnen. Hinzu kommt, dass die Stadt Linden bei den restlichen Abschnitten kaum Eigentumsanteile besitzt – es befindet sich mehr oder weniger alles in Privat-hand. Somit könne man mit keinen Geldern handeln oder kalkulieren oder mit der Einkommenssteuer der zukünftigen Einwohner spielen.

Insgesamt sei der Antrag nicht ausgereift.

Stadtverordneter Heine stellt noch einige Fragen zu dem Prüfantrag der CDU vom 13.06.2015. Hier sei enthalten, dass, falls ein Verkehrskonzept erforderlich sei, die Kosten hierfür im Nachtrags-HH zu erfassen seien und dies genau sei der Antrag seiner Fraktion.

An den Magistrat stellt er die Frage, warum eine Verbreiterung überhaupt gefordert werde - wahrscheinlich auch um Unfälle zu vermeiden. Hat es denn Unfälle dort gegeben?

Abschließend erklärt er, dass man im HH um jede 10T EURO kämpfe und warum soll man jetzt 900T EURO ausgeben. Die derzeitige Situation rund um das Viadukt sei noch ausreichend.

Bgm. König teilt mit, dass es Gott sei Dank noch keine Unfälle mit Personenschäden gegeben habe, aber die Blechschäden seien auch ausreichend gewesen. Er stellt an Herrn Heine die Frage, ob er schon einmal als Fußgänger oder Radfahrer das Viadukt benutzt habe; dies sei nicht ganz ideal. Und um auf den angesprochenen angeblich vorhandenen Fußgängerdurchlass zu sprechen zu kommen, hierzu hat die Bahn eindeutig mitgeteilt, dass sie hier keine Kosten übernimmt.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass 200/300 m weiter nördlich ein wunderbarer Fußgängerdurchlass vorhanden ist, den auch Radfahrer nutzen könnten. Um es auf den Punkt zu bringen: man soll 1 MIO EURO für eine vermeintliche Fußgängersicherung raushauen, die es 200 weiter längst gibt. Für ihn stellt sich auch die Frage, wer kauft ein Grundstück an dem täglich über 100 Fahrzeuge vorbeifahren, um schneller zur Autobahn zu gelangen. Auch dies ist eine Frage, die konzeptuell gedacht werden müsste.

Zu den Ausführungen der Alternativlosigkeit erklärt er, dass man nur alternativlos sei, wenn man sich nichts anderes angeschaut hat.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Bei 21 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 10

Straßenbeitragssatzung der Stadt Linden;

hier: Einstufung der Verkehrsanlage „Breiter Weg“

-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 062/11/16-

Stadtverordnete Lang bringt den Fraktionsantrag ein und erläutert ihn näher (Änderung der Einstufung von Anliegerstraße in Durchgangsstraße).

Bgm. König erklärt, dass dies so nicht ginge. Bei Verwirklichung des Antrages müsse der Magistrat dafür sorgen, dass die Verkehrsanlage „Breiter Weg“ als innerörtliche Verkehrsanlage ausgebaut werde und dies dann auch bleibe. Dies bedeute dann aber, dass auch mehr Verkehr durch den Breiten Weg fließen muss.

Der genannte Punkt, dass der Bahnhof dazu beitrage, dass es eine innerörtliche Durchgangsstraße sei, stimme nicht. Der Bahnhof ist laut Rechtsprechung ein „Anlieger“ und der Verkehr dorthin ist Anliegerverkehr. Die Verkehrsanlagen „Am Pfad“ und „Hardtweg“ sind im Verhältnis zum Breiten Weg zu klein, um von Durchgangsverkehr zu sprechen.

Durch Öffnung zum neuen Baugebiet Nördlich Breiter Weg könne der Magistrat dafür sorgen, dass mehr Verkehr anfällt.

Die Einstufung werde aber erst endgültig festgelegt, wenn die Baumaßnahme beendet sei. Jeder Anwohner möchte natürlich nur 50 % bezahlen, aber im Gegenzug weniger Verkehr vorfinden; dies sei leider jedoch nicht möglich.

Stadtverordnete Lang spricht eine Gleichbehandlung der Bürger und damit verbunden die Einstufung der Straße „Am Lückenberg“ an.

Bgm. König hat keine Kenntnis darüber, warum damals so entschieden wurde. Sollte diese Entscheidung nach heutigen Gesichtspunkten falsch gewesen sein, könne man nicht dauerhaft andere Straßen falsch einstufen.

Stadtverordneter Dr. Schütz stellt eine Verständnisfrage zum Antrag selber. Für ihn sehe es so aus, als wäre der Breite Weg bereits jetzt eine innerörtliche Durchgangsstraße, weil viele Menschen beschlossen hätten, dort durchzufahren und nicht nur um zu einem Anlieger zu gelangen, sondern um die Kreuzung Wilhelmstraße/Großen-Linderer-Straße/Breiter Weg zu umgehen. Wäre es formal nicht so, dass man sowohl vorher als auch nachher eine Verkehrszählung durchführen müsse, um eine Einstufung vornehmen zu können?

Stadtverordneter Fischer erinnert an eine Einstufungsliste, die irgendwann einmal der Straßenbeitragsatzung angehängt war und daran knüpft sich der Antrag an, denn da war der Breite Weg anders eingestuft. Wenn der Bürgermeister jetzt frage, ob die SPD die Straße zu einer Durchgangsstraße machen möchte, dann verkehrt das die Verhältnisse. Es sei vielmehr so, wie Dr. Schütz ausgeführt habe. Die Einstufung richte sich nach den tatsächlichen Verhältnissen und die Einstufung werde durch den Magistrat durchgeführt und nicht wie Bgm. König erklärt hat, von einem Gutachter des HSGB. Der Magistrat legt die Einstufung fest und damit auch, wie abgerechnet wird.

Es wird aber zur Kenntnis genommen, dass der Magistrat diese Einstufung (innerörtliche Durchgangsstraße) nicht vornehmen möchte.

Auch Stadtverordneter Liebermann hat große Schwierigkeiten, dem Antrag zuzustimmen. Es stellt sich die Frage, wie wird diese Straße ausgebaut. Eine frühere Einstufung muss heute nicht mehr zutreffen.

Der HSGB unterstütze den Magistrat bei seiner Entscheidung und somit habe die Stadt auch eine rechtliche Absicherung.

Stadtverordneter Fischer findet die Aussagen zu dieser Liste sehr interessant. Er kann sich daran erinnern, dass er einmal erklärt habe, dass diese Liste nicht Bestandteil der Satzung sei und dies habe die CDU bestritten. Diese Liste gelte, bis eine andere Liste beschlossen sei.

Er könne sich auch an einen Bürgermeister erinnern, der in den Anliegerversammlungen gefragt hat, wie die Anwohner die Straße ausgebaut haben wollten und dann wurde entsprechend abgerechnet. Wie sich jetzt der Bürgermeister bei der Anliegerversammlung verhalten habe, sei ihm nicht bekannt. Klar sei allerdings, wenn sie so ausgebaut würde, dass Durchgangsverkehr nicht mehr attraktiv genug sei, könne man auch nicht mehr mit 50 % abrechnen.

Bgm. König teilt mit, dass nach der Anliegerversammlung noch eine Ortsbegehung durchgeführt wurde und dabei diverse Ausbaupläne vorgestellt wurden. Die Mehrzahl dieser Teilnehmer habe sich für verkehrslenkende Maßnahmen ausgesprochen, um weniger Verkehrsaufkommen zu erreichen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart fragt nach, ob der Antrag in die Ausschüsse verwiesen werden soll.

Laut Stadtverordnetem Fischer sei dies nicht notwendig; er könne im Geschäftsgang bleiben, bis die endgültige Ausbauvariante feststehe.

Zu TOP 11

Verbesserung der RMV-Situation;

hier: Beauftragung des Magistrats zur Herbeiführung verbesserter Fahrverbindungen und Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet

-Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 063/11/16-

Stadtverordneter Lodde bringt den Fraktionsantrag ein und erläutert ihn näher. Er soll in den Ausschüssen behandelt werden; dort sind entsprechende Vertreter der Gremien einzuladen.

Stadtverordneter Dr. Schütz erinnert sich an das Protokoll einer Sitzung („Interkommunale Grüne“) vom November 2013. Aus dem ging hervor, dass eine Sitzung der betreffenden Gremien stattgefunden hat, die diesbezüglich ein Konzept für die nächsten 4-5 Jahre erstellt haben. Dazu wurden die Kommunen aufgefordert, sich an diesem Konzept zu beteiligen und entsprechende Vorschläge einzureichen. Er möchte vom Magistrat wissen, ob die Stadt Linden daran teilgenommen und was sie dazu beigetragen hat.

Bgm. König ist hiervon nichts bekannt; er wird es entsprechend prüfen.

Der Antrag ist somit in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Zu TOP 12

Straßenbeiträge und Straßenzustandsklassen in der Stadt Linden

hier: Anfragen an den Magistrat

-Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 064/11/16-

Stadtverordneter Fischer bringt den Fraktionsantrag/Berichtsantrag ein, erläutert ihn näher und gibt eine entsprechende Begründung ab, obwohl dies für einen Berichtsantrag nicht erforderlich sei.

Stadtverordneter Dr. Schütz erinnert sich, dass über einen Berichtsantrag seiner Fraktion abgestimmt werden musste und dann solle dies hier auch so durchgeführt werden.

Dem entgegnet Stadtverordneter Fischer, dass es sich um eine Anfrage an den Magistrat handelt, die eigentlich gar nicht auf der Tagesordnung hätte stehen müssen. Wenn dies aber der Fall sei, könne er dazu auch etwas sagen, aber abgestimmt werden müsse nach der Geschäftsordnung nicht.

Dem stimmt Stadtverordnetenvorsteher Burckart zu.

Zu TOP 13

Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zweckverband „Wohnungsbau“

Stadtverordneter Fischer hat der Presse entnommen, dass es seitens des Landkreise Bemühungen gibt, einen Zweckverband „Wohnungsbau“ herbeizuführen. Er fragt, ob der Stadt dies bekannt sei und ob man dazu schon etwas mitteilen könne. Es erscheine ihm sinnvoll, wenn die Stadt Linden dem dann beitreten würde; er wisse allerdings nicht, ob und welche Kosten dadurch evtl. auf die Stadt Linden zukommen könnten.

Bgm. König teilt mit, dass sich der Magistrat schon einmal damit befasst habe. Der Beschluss dazu wurde allerdings erst gestern im Kreistag gefasst und daher wird sich auch der Magistrat noch weiter damit beschäftigen.

Parkplatz Metro

Stadtverordnete Lang fragt nach alter Tradition, ob es zum Parkplatz für das Weihnachtsgeschäft im Gewerbegebiet Neuigkeiten gebe.

Bgm. König erklärt, dass er dies fast schon vergessen hätte; alte Traditionen solle man aber aufrecht halten. Es finden dort immer irgendwelche Veränderungen statt in der Gestalt, dass keine Beanstandungen mehr anfallen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr und lädt ebenfalls traditionsgemäß zu einem Umtrunk ein.

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr

Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

Renate Wolf; Protokollführerin